

# **Keine Eiszeit für Menschenrechte – Landesaufnahmeprogramm JETZT!**

## **Aufruf zum Aktionstag der Seebrücke und des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 29. Januar 2022**

Am Tag der Menschenrechte im Dezember 2020 wurde ein Brief – unterschrieben von 183 baden-württembergischen Organisationen – an die Landesregierung übergeben, in dem eine zusätzliche Aufnahme von geflüchteten Menschen im Rahmen eines Landesaufnahmeprogrammes gefordert wird. Diese Forderung fand Eingang in den Koalitionsvertrag vom Mai 2021.

### **Sommer 2021 in Baden-Württemberg**

Im Kapitel zu Migration und Integration legen sich die Koalitionär:innen auf eine „Flüchtlingspolitik auf Grundlage von Menschlichkeit und Verantwortung“ fest und formulieren ausdrücklich ihren Willen zur Umsetzung eines Landesaufnahmeprogramms.

*„Wir begrüßen das humanitäre Engagement und die vielen Initiativen in Baden-Württemberg. Damit wird die Bereitschaft gezeigt, Geflüchtete aufzunehmen, die auf den griechischen Inseln leben, die aus Seenot gerettet wurden oder in den Flüchtlingslagern vor den Toren Europas ausharren. Deshalb wollen wir im Einvernehmen mit dem Bund ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm umsetzen und dazu beitragen, dass auch Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, um Menschen in Notsituationen aufzunehmen.“*

So das Versprechen im Sommer 2021.

### **Winter 2022 in Europa**

Für Schutzsuchende, z.B. aus den Krisengebieten Syriens, Iraks, Afghanistans, der Türkei oder Somalia sind die Grenzen Europas in diesem Winter noch eisiger als sonst – für viele sogar tödlich:

- An der polnisch-belarussischen Grenzen müssen sie sich in Wäldern verstecken, um den völkerrechtswidrigen Zurückweisungen (Push-Backs) zu entgehen. Mindestens 21 Menschen kostete das bisher das Leben.
- Auf der Balkanroute hängen ebenfalls tausende Menschen fest, die vom kroatischen Grenzschutz aus Europa herausgeprügelt werden. Wie viele Menschen insgesamt das bisher mit ihrem Leben bezahlen mussten, ist „statistisch nicht erfasst“. Erfasst ist, dass bis heute allein an dieser Grenze über 30.000 illegale Push-Backs stattgefunden haben. An der Landgrenze zwischen der Türkei und Griechenland sind 2021 mindestens 41 Menschen ums Leben gekommen.
- Ende November 2021 ertranken im Ärmelkanal 27 Menschen, weil sie in Großbritannien einen Asylantrag stellen wollten.
- Obwohl derzeit zahlreiche private Seenotretter:innen im Mittelmeer tagtäglich Geflüchtete aus Seenot retten, gehen Beobachter:innen von mindestens 1838 Toten im Jahr 2021 aus.
- Auf der Atlantik-Migrationsroute von Nordafrika Richtung Kanarische Inseln wurden für das Jahr 2021 insgesamt 4016 Todesfälle beziehungsweise Vermisstenfälle bekannt – so viele wie noch nie!

**Für alle Zahlen gilt: Die wirklichen Opferzahlen sind deutlich höher!**

### **Winter 2022 in Baden-Württemberg**

Wer erwartet, dass sich die baden-württembergische Landesregierung angesichts von Todesopfern und massivsten Verletzungen des Menschenrechts auf körperliche Unversehrtheit, des Schutzes vor Verfolgung, des Rechtsstaatsprinzips und der Menschenwürde auf die eigenen Versprechen besinnt, wird enttäuscht.

Im Gegenteil: Der CDU-Innenminister fordert „verstärkte Zurückschiebungen oder - als Ultima Ratio – die befristete Schließung der Grenzübergänge“ und der Fraktionsvorsitzende des Koalitionspartners CDU will sogar „Landespolizisten aus Baden-Württemberg“ nach Polen schicken.

Und der grüne Partner? Keine offizielle Zurückweisung dieser Ansinnen, kein Hinweis auf beschlossene Vereinbarungen wie das Landesaufnahmeprogramm oder das Ziel, dass „Kommunen mehr Möglichkeiten erhalten, um Menschen in Notsituationen aufzunehmen.“

### **Wenn nicht jetzt - wann dann?**

Das fragen wir uns angesichts der schrecklichen Bilder und immer neuer Horrorzahlen von den EU-Außengrenzen. Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des versprochenen Landesaufnahmeprogramms zu ergreifen: Ein erster wichtiger Schritt ist ein endlich terminiertes Fachgespräch im Februar. Es muss die schnelle und praktische Umsetzung des Aufnahmeprogramms einleiten. Eine Vorlage dazu muss dem Landtag sowie der Öffentlichkeit so schnell wie möglich präsentiert werden!

Mit unserem Aktionstag am 29.01. unter dem Motto: „Keine Eiszeit für Menschenrechte – Landesaufnahmeprogramm JETZT!“ werden wir diesen Forderungen landesweit Nachdruck verleihen.